

Maßnahmenplan gegen Rechtsextremismus

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.09.2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für einen Maßnahmenplan gegen Rechtsextremismus aus.

Begründung

Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ist im ersten Halbjahr 2023 wieder gestiegen. Laut Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) wurden 386 Tathandlungen mit rechtsextremem Hintergrund verzeichnet. Im Vergleichszeitraum 2022 waren es 322 rechtsextreme Straftaten. Das bedeutet einen Anstieg um 20 Prozent.

Im Detail waren unter den als "rechtsextrem" subsumierten Tathandlungen 358 mit rechtsextremen Hintergrund, 15 betrafen rassistische Tathandlungen, sieben antisemitische, fünf islamophobe Tathandlungen sowie eine "unspezifische" Tathandlung. Die Mehrzahl fand im öffentlichen Raum und nicht im Internet statt: Nur rund 80 der 386 Straftaten wurden online begangen. Vor mittlerweile mehr als zwei Jahren wurde im Nationalrat der Beschluss für die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus beschlossen. Die türkis-grüne Regierung muss jetzt endlich ins Tun kommen, der Innenminister muss endlich einen konkreten Maßnahmenplan vorlegen.



Für LINKS-
KPÖ
Margareten



BR DI Wolf-Goetz Jurjans
Klubvorsitzender

BRin Claudia Krieglsteiner